

## Kartoffelnot.

Im Wiener Gemeinderat ist gestern wieder von den Mängeln der Kartoffelversorgung gesprochen worden, aber die Debatte führte zu keinerlei Ergebnissen, die die Bevölkerung beruhigen könnten. Allgemein sieht man dem kommenden Winter mit banger Sorge entgegen. Nach dem völligen Versagen der Frühkartoffelversorgung, macht man sich auch für den Herbst und Winter auf diesem Gebiete wenig Hoffnungen mehr. Daß die staatlichen Behörden die Verantwortung auf die Wiener Gemeindeverwaltung abschieben, und daß diese sie wieder zurückzieht, mit diesem neckischen Spiel ist den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gedient. Tatsache ist, daß von staatlicher Seite die freie Selbstversorgung der privaten Haushaltungen mit Kartoffeln durch Verbote gehindert wurde, daß aber andererseits die Staatsgewalt sich bisher ohnmächtig erwies, den willkürlichen Ausfuhr- und Transportverboten der Provinzial- und Bezirksbehörden ein Ende zu machen. Die Kritik, die an diesen Verkehrshindernissen im Wiener Gemeinderat geübt wurde, war sehr begründet. Aber am Bestermachen, was noch wichtiger als kritisieren, hat es die Wiener Gemeindeverwaltung leider bisher

fehlen lassen. Die Staatsverwaltung hätte von Kriegsbeginn an sicherlich der Gemeindeverwaltung den freiesten Spielraum gelassen, wenn diese sich in den Fragen der Volksernährung erfolgreich betätigt hätte. Aber beide Verwaltungen wetteiferten nur in Rat- und Tatlosigkeit. Selbst jetzt, wo wir vor dem vierten Kriegswinter stehen, hat es die Gemeinde noch nicht so weit gebracht, die Kartoffelversorgung Wiens durch entsprechende Lieferungsverträge auch nur rechnermäßig sicherzustellen. Daß zwischen rechnermäßigiger und tatsächlicher Sicherstellung ein Unterschied ist, wissen wir. Denn wir kennen die Transportschwierigkeiten, die sich jahraus jahrein zur Herbstzeit einstellen, und wir kennen vollends das Verkehrsleiden, das ein strenger Winter mit sich bringt. Was hat aber die Gemeindeverwaltung getan, um für die Kartoffelzufuhr auch nur rechnermäßig, auch bloß auf dem Papier vorzusorgen?

Nächst dem Brot ist die Kartoffel das wichtigste Volksernährungsmittel. Die Kartoffelernährung ist zwar keine ideale, besonders wenn das Fett zu bekömmlicher Zubereitung mangelt, aber immerhin ist's eine Mogenfüllung, die unter den gegebenen Kriegsverhältnissen ganz unentbehrlich und unerlässlich ist. Nun weiß man aus dem letzten offiziellen Magistratsbericht, daß die Frühkartoffelzufuhren für den ganzen Monat August ein Kilogramm auf den Kopf der Wiener Bevölkerung ergeben haben. Für ein Volksernährungsmittel eine traurige lächerliche Ziffer. Für die Herbst- und Wintermonate aber stellt der Magistratsbericht — und das soll tröstlich und beruhigend wirken — eine durch Lieferungsverträge gesicherte Zufuhr von sechstausend Bahnwagen in Aussicht. Das ist also die rechnermäßige Sicherung, und die Ziffer nimmt sich auf den ersten Blick recht stattlich aus. Nimmt man sich aber die Mühe, genau nachzurechnen, was die Ziffer für den Konsum bedeutet, so kommt man zu dem ganz und gar nicht stattlichen Ergebnis, daß dabei günstigstenfalls ein Kilogramm Kartoffeln auf Kopf und Woche entfällt — das heißt: ein bis zwei Stück Kartoffeln auf Kopf und Tag. Das ist eine schöne Aussicht, aber selbst das ist noch keineswegs sicher. Von den erwähnten Transportschwierigkeiten abgesehen, ist nämlich der Hauptteil der Lieferungsverträge mit galizischen Landwirten abgeschlossen, und in Galizien ist jetzt eine leidenschaftliche Agitation im Zuge, die

jede Kartoffelausfuhr aus dem Lande gesperrt sehen will. Man fragt sich, warum die Wiener Gemeindeverwaltung das Gute nicht lieber nahe gesucht, nicht den Kartoffelreichtum Niederösterreichs durch Lieferungsverträge herangezogen hat. Antwort: Die Bauern sollen angeblich vertragsunlustig gewesen sein. Wahrscheinlich ist man aber erst so spät an sie herangetreten, als sie die große Konjunktur bereits witterten, und jedenfalls hat man von den Einsüssen und Machtmitteln, die der christlichsozialen Gemeinde- und Landesverwaltung zur Verfügung stehen, nicht den rechten Gebrauch gemacht oder machen wollen. Bei Wahlen geht's, beim Kartoffelhandel geht's nicht. Aber die winterlichen Ernährungsorgen, die unser harren, sind so bitter ernst, daß jetzt für Staats- und Stadtverwaltung die gebieterische Pflicht erwächst, die paar Herbstwochen noch fürsorglich auszunützen und alles aufzubieten, um einer Kartoffelnot vorzubeugen.